

STADT KARLSRUHE
Ortsverwaltung Stupferich

N i e d e r s c h r i f t Nr. 24 (Legislaturperiode 2014 – 2019)

über die Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich
am: Mittwoch, 21. Juni 2017
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:37 Uhr

in Karlsruhe-Stupferich, Sitzungssaal.

Vorsitzender: Ortsvorsteher Alfons Gartner

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 10

Es waren anwesend:

- a) CDU:** OR Kast, OR Paul, OR Brenk, OR Nagler
- FWV:** OR Gartner, OR Baumann, OR Becker, OR Schwemmler, OR Vogel
(anwesend ab 19:30 Uhr), OR Patzelt

Es fehlten:

- b) entschuldigt:** OR Abendschön (CDU) - Urlaub, OR Donecker (CDU) -
Familienangelegenheit
- c) nicht entschuldigt: -**

Schriftführerin:

Sonja Doll (OV Stupferich)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Wernert, kommunale
Behindertenbeauftragte (TOP 1)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 9. Juni 2017, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 16. Juni 2017 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 1: Vorstellung der kommunalen Behindertenbeauftragten der Stadt Karlsruhe

Blatt 1

Der Vorsitzende (Ortsvorsteher Gartner) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden ganz herzlich.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und keine Einwände dazu vorliegen.

Weiter führt er aus, dass OR Abendschön (CDU) und OR Donecker (CDU) sich für diese Sitzung entschuldigt haben.

Er tritt in die Tagesordnung ein, ruft TOP 1 auf und begrüßt zu diesem TOP Frau Wernert (kommunale Behindertenbeauftragte der Stadt Karlsruhe) ganz herzlich. Er weist darauf hin, dass Frau Wernert seit 1. Oktober 2016 im Amt ist.

Frau Wernert bedankt sich für die Einladung. Sie freut sich, heute hier sein und über ihre Tätigkeit berichten zu können. Es ist ihr erster Besuch in einem Ortschaftsrat und ist interessiert, was von Stupfericher Seite an sie herangetragen werden kann. Ihre Stelle ist eine Stelle, die die Stadt- und Landkreise Baden-Württemberg auf Grund des Gleichstellungsgesetzes einrichten müssen, um eine unabhängige Stelle zu schaffen, als Interessensvertretung und Anlaufstelle von Betroffenen, aber auch beratend für Politik, Verwaltung und Institutionen.

Ihr Aufgabengebiet splittet sich in drei Bereiche:

1. Bereich sind Einzelberatungen von Bürgerinnen und Bürger, Familien. Deren Probleme gehen bis hin zu Diskriminierungsfälle, die sie persönlich sehr betreffen. Die Betroffenen wollen Unterstützung, Rat und manches Mal nur ein Gespräch, um ihren „Rucksack“ abzuladen. Diese Beratungen haben in den letzten zwei Monaten sehr stark zugenommen.

2. Bereich sind Tätigkeiten, die sie im Rahmen der Verwaltung ausübt (z. B. bei den Heimattagen – barrierefreie Kommunikation im Vorfeld).

3. Bereich ist die Geschäftsführung vom Behindertenbeirat der Stadt Karlsruhe. Diesen Beirat gibt es seit 2003 und ist in Karlsruhe ein sehr anerkanntes Gremium, was in den vergangenen Jahren die Aufgaben wahrgenommen hat, die jetzt ihr zugeordnet sind. Derzeit wird die Kooperation und Zusammenarbeit der kommunalen Behindertenbeauftragten und des Behindertenbeirates strukturiert. Sie ist 80 % auf dieser Stelle beschäftigt und hat eine Assistenz von 20 % und dies ist im Ungleichgewicht zu dem ehrenamtlichen Gremium, was dieses in der vergangenen Zeit geleistet hat. Beides hat aber die gleichen Ziele, beide sind politisch unabhängig. Sie hat das direkte Zugangsrecht zur Verwaltungsspitze, was auch gut funktioniert. Sie ist in den gemeinderätlichen Ausschüssen und kann bei Anfragen Stellungnahmen abgeben und ihre Meinung zu unterschiedlichsten Themen äußern.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 1: Vorstellung der kommunalen Behindertenbeauftragten der Stadt Karlsruhe

Blatt 2

Ihr ist es immer wichtig, dass man das Thema „Barrierefreiheit“ vielschichtig betrachtet und nicht reduziert auf z. B. Rampen und Behindertentoiletten. Dies ist ein Anfang und sind Voraussetzungen. Es muss aber noch weiter gehen mit barrierefreier Kommunikation, Leitsysteme, neue Lichtsignalanlagen, akustisch taktil.

Ein großer Bereich ist das öffentliche Personennahverkehrsnetz. Der Haltestellenausbau muss vorangehen. Hier ist aber auch ganz wichtig, dass man die der Verwaltung zur Verfügung stehenden Ressourcen im Blick behält.

Zum Thema „leichte Sprache“ führt sie aus, dass sie sich dieses zum Schwerpunkt machen möchte (Veröffentlichungen, Texte der Stadtverwaltung, die selbst für „Otto-Normalverbraucher“ nicht immer leicht zu lesen und zu verstehen sind). Bei den anstehenden Wahlen geht es darum, wie kann ich in Karlsruhe barrierefrei wählen. Hierzu wird es eine Veranstaltung für die Zielgruppe und die Presse geben, um klar zu stellen, dass es Möglichkeiten gibt, auch Menschen mit einer geistigen Behinderung die Wählbarkeit zu ermöglichen.

Weiter möchte sie sich dem Thema „Wohnungssuche, Bauen“ annehmen. In Karlsruhe fehlen nämlich nicht nur Wohnungen, sondern es fehlen vor allen Dingen auch barrierefreie Wohnungen. Sie weist darauf hin, dass Inklusion und Barrierefreiheit so vielschichtig ist, welches mit dem Kindesalter anfängt und sich durch alle Lebens-, Arbeits- und Freizeitbereiche durchzieht. Von daher macht ihr ihre Arbeit auch unheimlich viel Spaß, sie ist nicht immer ganz konfliktfrei, aber sie ist sich sicher, dass hier Karlsruhe insgesamt auf einem guten Weg sich befindet, weil die Bereitschaft grundsätzlich da ist.

Abschließend weist sie darauf hin, dass es bei der Stadt auch eine Behinderten- und Psychiatriekoordinatorin (Frau Schuchard) gibt, die auch bisher die Geschäftsführung des Beirates gemacht hat. Sie erklärt nun den Unterschied zwischen ihrem Arbeitsbereich und dem Bereich der Behinderten- und Psychiatriekoordinatorin. Der große Unterschied ist der, dass Frau Schuchard Teil der Verwaltung ist und sie ist nicht. Ihre Ideen und Inputs können praktisch an Frau Schuchard weitergegeben werden.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Fragerunde.

OR Baumann (FWV) bedankt sich für den Vortrag und kommt auf den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen zu sprechen. Er fragt, wo die Stufe „Behinderung“ anfängt (z. B. bei Menschen mit Rollatoren oder muss es eine ausgeprägte Krankheit sein, die den Menschen auf den Rollstuhl oder eine Gehhilfe begrenzt).

Frau Wernert: Behinderung ist all jenes, was die reguläre Teilnahme am Leben nicht möglich macht, verhindert oder erschwert. Es ist aber zu unterscheiden, ob die anerkannte Behinderung nach dem Gesetz in Prozentzahl ausgedrückt wird, oder ob man „nur“ eine Einschränkung hat, welche die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert, verhindert oder unmöglich macht.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 1: Vorstellung der kommunalen Behindertenbeauftragten der Stadt Karlsruhe

Blatt 3

OR Baumann (FWV): Man denkt bei Barrierefreiheit immer an die Einstiegsstelle in die Busse. Stupferich hat insgesamt 10 Bushaltestellen, wovon bereits zwei barrierefrei ausgebaut sind. In Stupferich müsse man die Topographie und den Abstand der einzelnen Haltestellen bedenken. Hier wäre es angebracht, die Barrierefreiheit an mehreren Haltestellen zu gewähren. Wie kommt Stupferich an diese optimale Ausstattung?
Abschließend fragt er, wo Behindertenausweise ausgestellt werden?

Frau Wernert verweist auf ein Bundesgesetz, was bis zum Jahr 2022 die 100prozentige Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr fordert. D. h. in den Städten Deutschlands sollen bis zu diesem Zeitraum alle Haltestellen zu 100 % ausgebaut werden. Ihre Ausführungen dazu, es braucht Zeit, alle Haltestellen barrierefrei auszubauen. Es ist schon das Ziel, alle Haltestellen auszubauen. Sie verweist diesbezüglich auf eine vorhanden gewesene Prioritätenliste, die es jetzt nicht mehr gibt. Sie empfiehlt dem Ortschaftsrat, einen begründeten Antrag auf Ausbau von barrierefreien Haltestellen bei der Stadtverwaltung einzureichen.
Abschließend führt sie aus, dass Schwerbehindertenausweise zentral vom Landratsamt (Außenstelle in der Wolfartsweierer Straße) ausgestellt werden (Stadt- und Landkreis Karlsruhe).

OR Kast (CDU) ist es richtig, dass das Schwerbehindertengesetz den Schwerbehindertenausweis voraussetzt?

Frau Wernert: Normalerweise besitzen schwerbehinderte Menschen einen Schwerbehindertenausweis. Die Ausstellung geht über ein Attest vom Arzt bis zu einem Antrag beim Landratsamt. Eine Schwerbehinderung fängt bei 50 % an. Und z. B. für einen Parkausweis für einen Rollstuhlparkplatz müssen bestimmte Kriterien bzw. Anforderungen erfüllt werden.

OR Kast (CDU) fragt, was man unter „leichter Sprache“ versteht.

Frau Wernert: Es gibt unterschiedliche Kategorien: einfache und leichte Sprache. Die leichte Sprache ist eine bis auf das unterste Niveau reduzierte Ausdrucksform. D. h. die Sätze sind sehr kurz, wenig bis gar keine Zwischensätze und es gibt keine Wörter, die erklärt werden müssen. Die leichte Sprache ist gedacht in erster Linie für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Die einfache Sprache, die von der Praktikabilität die bessere ist, ist reduziert auf einfache Sätze, immer nur kurz Subjekt, Prädikat, Objekt. Es geht um die einfache Verständlichkeit. Und wenn schwere Wörter enthalten sind, werden diese in der Regel nochmals genauer erklärt (siehe www.karlsruhe.de/leben). Leichte Sprache beinhaltet oft noch Bildsymbole.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 1: Vorstellung der kommunalen Behindertenbeauftragten der Stadt Karlsruhe

Blatt 4

OR Nagler (CDU) fragt, ob Frau Wernert bei der leichten und einfachen Sprache die Texte übersetzt.

Frau Wernert übersetzt keine Texte. Sie führt aus, dass Karlsruhe schon einmal den Verstoß über einen Antrag gemacht hat, Publikationen, Flyer etc. in leichte Sprache zu übersetzen. Es wurde dann ein Flyer vom Seniorenbüro in leichte Sprache übersetzt. Es macht aber keinen Sinn, weil die Bedeutung der leichten Sprache immer mehr, wichtiger und größer wird. Ihre Vision ist diese, dass die Stadt Karlsruhe für ihre Internetseite und für ihre Tourismusbroschüren eine einheitliche Regelung findet. Sie initiiert dieses und wenn das Konzept steht, wird der Verwaltung empfohlen, dieses umzusetzen.

OR Nagler (CDU) fragt, ob die Umsetzung sowohl in leichter wie auch einfacher Sprache erfolgen wird.

Frau Wernert: Hierzu gibt es unterschiedliche Meinungen.

OR Becker (FWV) wünscht sich auf der Homepage der Stadt Karlsruhe einen Button, auf welchem die leichte Sprache hinterlegt ist. Sie weist darauf hin, dass es solche Hilfen auf anderen Homepages bereits mehrfach gibt.

OR Baumann (FWV) fragt, ob Autisten auch Behinderte sind. **Ja.**

Der Vorsitzende führt aus, dass Stupferich eine Einrichtung für geistig behinderte Menschen erhält (Heilpädagogischer Wohnbeschäftigtenverbund). Da diese Menschen hier auch zum Teil wohnen werden, sind diese in Stupferich auch wahlberechtigt. Wer entscheidet über die Wahlfähigkeit?

Frau Wernert kann diese Frage im Moment nicht beantworten. Sie weiß, dass die Wahl beantragt werden kann. Sie sagt aber zu, die Themen hierzu, sobald sie ihr vorliegen, der Ortsverwaltung zuzusenden.

Der Vorsitzende wäre dankbar dafür, falls diesbezüglich Fragen auf die Ortsverwaltung zukommen.

Frau Wernert empfiehlt, diese Menschen zu Festen einladen, den Kontakt anbieten und suchen etc.

Der Vorsitzende: Ihn freut, dass Frau Wernert viel Freude bei ihrer Arbeit hat; dies ist ein Garant dafür, dass man dann auch seine Arbeit gut ausführt. Denn gerade die

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

**TOP 1: Vorstellung der kommunalen Behindertenbeauftragten der Stadt
Karlsruhe**

Blatt 5

Menschen, die Unterstützung benötigen, sind auch sensibel in ihrer Empfindlichkeit und dafür benötigt man ein gutes Nervenkostüm, um dem Druck und der Arbeit Stand zu halten.

Frau Wernert führt aus, dass dies auch an ihrer persönlichen Situation liege. Sie sitzt seit über 30 Jahren durch einen Unfall im Rollstuhl und hat von Anfang an die Intension gehabt, nicht in die Behindertengruppe einsortiert zu werden. Sie macht weiterhin Sport. D. h. das Selbstbestimmte sollte sich jeder bewahren, denn nicht jeder akzeptiert die Inklusion. Und dies alles gibt ihr Kraft für ihren Job.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Wernert für ihr Kommen und ihren Vortrag und wünscht ihr weiterhin viel Kraft bei der Umsetzung der gesetzten Ziele.

- K l o p f b e i f a l l -

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 2: **Geschäftsordnung des Ortschaftsrates Stupferich; Beschlussfassung**

Der Vorsitzende ruft TOP 2 auf und führt aus, dass im Jahr 2015 die Gemeindeordnung vom Land Baden-Württemberg in einigen Passagen geändert und überarbeitet wurde. Dies hatte zur Folge, dass der Gemeinderat in Karlsruhe mit diesem Thema beschäftigt war. Daraufhin hat der Zentral Juristische Dienst empfohlen, dass sich die Ortschaftsräte, die noch keine Geschäftsordnung haben, eine Geschäftsordnung geben. Die Verwaltung hat diese Empfehlung aufgegriffen und einen Entwurf erarbeitet, welcher in konstruktiver Zusammenarbeit mit den beiden Fraktionsvorsitzenden überarbeitet wurde und heute nun zur Abstimmung vorliegt. Dafür dankt er den Beteiligten.

Er bittet die beiden Fraktionsvorsitzenden, ihr Statement abzugeben.

OR Kast (CDU) bedankt sich ganz herzlich bei Frau Doll für ihre Vorarbeit und bei OR Baumann (FWV) für die konstruktive Zusammenarbeit und für das gute Ergebnis. Er erachtet es für nicht erforderlich, jeden Paragraphen einzeln aufzurufen und darüber zu sprechen. Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Geschäftsordnung vollumfänglich zu. Er meint, dass man mit dieser Geschäftsordnung ein gutes Werk geschaffen hat, das auch für künftige Ortschaftsräte eine gute Handhabung und einen guten Einstieg für das Amt „Ortschaftsrat“ darstellt.

OR Baumann (FWV) schließt sich den Worten seines Vorredners an. Er ist der Meinung, dass aus seiner und OR Kast 30jähriger Erfahrung und was sich widerspiegelt in der Geschäftsordnung, man heute nicht tiefer einsteigen müsse. Die Geschäftsordnung ist eine gute Arbeitsgrundlage für neue Ortschaftsräte. Auch seine Fraktion stimmt der Geschäftsordnung vollumfänglich zu.

OR Nagler (CDU) fragt, nach welchen Vorgaben der Ortschaftsrat Stupferich bisher seine Geschäfte getätigt hat.

Der Vorsitzende: Nach der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die Geschäftsordnung regelt detailliert die Arbeit des Ortschaftsrates, was auch der Verwaltung zugute kommt. Die Geschäftsordnung kann auch jederzeit unproblematisch geändert werden.

Der Vorsitzende lässt – nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen – über den Beschluss: **Der Ortschaftsrat nimmt die Geschäftsordnung für den Ortschaftsrat Stupferich zur Kenntnis und stimmt dieser voll umfänglich zu“** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat spricht sich einstimmig dafür aus.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

**TOP 3: Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ortschaftsrates im
Amtsblatt der Stadt Karlsruhe;
Beschlussfassung**

Blatt 1

Der Vorsitzende ruft TOP 3 auf und erklärt, warum er dieses Thema auf die Tagesordnung genommen hat.

Die Ortsvorsteher-Kollegin aus Grötzingen hat alle Ortsvorsteher-Kolleginnen und -Kollegen angeschrieben und mitgeteilt, dass in Grötzingen das Begehren besteht, künftig die Beschlüsse des Ortschaftsrates Grötzingen genauso wie die Beschlüsse des Gemeinderates in der Stadtzeitung zu veröffentlichen.

In Stupferich ist es so, dass unsere Beschlüsse bereits eine Woche nach der Ortschaftsratssitzung im Internet (www.karlsruhe.de) veröffentlicht werden. Auch im Mitteilungsblatt erscheint ein Kurzbericht über die Ortschaftsratssitzung und zusätzlich könnten die Beschlüsse auf der Homepage der Ortsverwaltung veröffentlicht werden.

OR Kast (CDU) führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird, da das Stupfericher Mitteilungsblatt nicht mehr an alle Haushalte verteilt wird. Deshalb würde eine Veröffentlichung in der Stadtzeitung Sinn machen, wobei dort auch nicht alle Beschlüsse des Gemeinderates aufgeführt werden.

OR Baumann (FWV) weist darauf hin, dass immer wieder auf Bürgernähe für die Kommunalarbeit und für die Arbeit im Rathaus hingewiesen wird. Deshalb sollten alle möglichen Ebenen abgedeckt werden, um die Arbeit des Ortschaftsrates und der Verwaltung kund zu tun und da gehört heutzutage immer noch das Papier als wichtigstes Element dazu.

Deshalb spricht er sich uneingeschränkt dafür aus, dass die Arbeit des Ortschaftsrates dementsprechend demonstriert wird und dafür ist die Stadtzeitung die richtige Plattform.

Der Vorsitzende: Seine persönliche Meinung geht in die gleiche Richtung. Denn wenn man die Zuhörer in den Ortschaftsratssitzungen in ihrer Vielzahl sieht, muss man immer wieder feststellen, dass das Interesse an den Sitzungen nicht groß ist, aber wohl an den Ergebnissen. Deswegen ist er sehr dankbar, wenn zu den Sitzungen die Presse kommt und anschließend über den Sitzungsverlauf und den Inhalt berichtet. Deshalb ist es gut, Instrumente an der Hand zu haben, die Bevölkerung entsprechend informieren zu können.

OR Kast (CDU) wurde auf das Nichterscheinen der Stadtzeitung in den Pfingstferien aufmerksam und fragt deshalb nach den Gründen.

Frau Doll (OV Stu.) erklärt, dass dies jetzt in den Ferienzeiten öfters der Fall sein wird, weil dies das Presse- und Informationsamt als Sparmaßnahme im Rahmen von HSPKA angeboten hat.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

**TOP 3: Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ortschaftsrates im
Amtsblatt der Stadt Karlsruhe;
Beschlussfassung**

Blatt 2

Der Vorsitzende lässt – nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen – über den Beschlussvorschlag **„Der Ortschaftsrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen Klärung herbei zu führen, ob die Beschlüsse der Ortschaftsratssitzungen im Amtsblatt veröffentlicht werden können“** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat spricht sich einstimmig dafür aus.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017**Protokoll zu****TOP 4: Ladestelle für Elektrofahrzeuge
Antrag der FWV-OR-Fraktion, eingegangen am 17.05.17****Blatt 1**

Der Vorsitzende ruft TOP 4 auf und verliest sowohl den Antrag wie auch die Stellungnahme der Stadtwerke.

OR Baumann (FWV) erläutert, dass Ausgangspunkt der BNN-Artikel „35.000 Ladestellen für E-Fahrzeuge und 300 Mio. Euro für E-Förderprogramm“ war. Das sind irrsinnige Zahlen, die momentan auf einen einwirken, aber wenn diese heruntergebrochen werden heißt es, dass es auch in kleineren Einheiten zu solchen Ladestellen kommen muss. Und der eine oder andere hat daran gedacht, sich an solchen Sachen zu orientieren oder dranzudenken, aber mittel- oder kurzfristig wird sich die ganze Entwicklung beschleunigen, vielleicht sogar einmal explosionsartig, wenn es Subventionen usw. gibt. Und bis dahin sollte man den Fuß in der Sache haben. Und unsere Lage in der Nähe der Autobahn (auch die Autobahnen werden bei den Förderprogrammen ins Visier genommen) als auch die Fotovoltaikanlage vor Ort sind Ausgangspunkte, die sich für ein solches Vorhaben anbieten würden. Und die Stadtwerke haben bekundet, dass der Antrag mit in das Programm aufgenommen werden kann. Abschließend führt er aus, dass sich die Elektromobilität irgendwann einmal durchsetzen wird.

OR Kast (CDU) führt aus, dass seine Fraktion dem Antrag vom Grundsatz her zustimmen wird. Er weist aber darauf hin, dass es sich hier um eine Investition in die Zukunft handelt und im Moment kein Bedarf für eine Ladestelle vorhanden ist.

OR Brenk (CDU) wiederholt die Aussage seines Fraktionsvorsitzenden hinsichtlich der Zustimmung des Antrags. Allerdings betont er, dass Stupferich keine Ladestation bekommen wird. Derzeit gibt es in der Stadt Karlsruhe ca. 35 Ladestationen, die noch nicht einmal bis zu 10 % ausgelastet sind. Das liegt daran, dass der deutsche Staatsbürger relativ bequem ist. Der Bürger, welcher heute die Affinität zum E-Fahrzeug hat, der stellt eine Ladestation bei sich zu Hause auf, zumal alle herkömmlichen Fahrzeuge (außer dem Fabrikat „Tesla“) an einer 220V-Steckdose aufgeladen werden können. Die öffentlichen Ladestellen werden hauptsächlich von Stadtmobil genutzt. Die von OR Baumann angesprochenen 330 Mio. Euro Fördergelder sollen dazu dienen, dass entlang der Bundesautobahnen eine Infrastruktur errichtet wird. Dafür notwendig ist aber die Umrüstung der einzelnen Mobile. Derzeitiger Sachstand ist das Angebot einer einheitlichen Steckdose, aber es gibt noch 60 verschiedene Bezahlkarten. Er persönlich sieht die Zukunft nur bei einer Brennstoff- bzw. Wasserstoffzelle, weil hier die Ladezeit ca. 4 Minuten beträgt, beim Strom aber 45 Minuten. Abschließend betont er, dass die Idee dieses Antrags aber positiv bewertet werden kann.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

**TOP 4: Ladestelle für Elektrofahrzeuge
Antrag der FWV-OR-Fraktion, eingegangen am 17.05.17**

Blatt 2

OR Nagler (CDU) fragt, ob an dieser Ladesäule auch E-Bikes aufgeladen werden könnten.

OR Baumann (FWV) führt aus, dass sein Ansinnen es war, mit diesem Antrag „den Fuß“ in der Thematik zu haben. Weiter führt er aus, dass die Schnellladestationen entlang der Autobahnen eingerichtet werden müssen. Aber wenn jemand größere Strecken fährt benötigt er Ansatzpunkte, wo unterwegs das Auto aufgeladen werden kann.

OR Becker (FWV) verweist auf einen Bericht im Fernsehen vergangener Tage. Die Voraussetzung der Umsetzung dieser Vision ist das Installieren einer Ladestation nach jedem 20. km. Nur dann ist die Bevölkerung bereit, ein E-Auto zu kaufen, weil sie dann weiß, ich kann überall hinfahren und das Aufladen ist gewährleistet.

OR Nagler (CDU): Wenn es soweit kommen wird, dann wird es aber Induktionsladungen geben müssen.

Der Vorsitzende: Wenn der Bevölkerung kein dichtes Netz von Ladesäulen vorgewiesen wird, dann kauft auch niemand ein E-Fahrzeug. Er bittet zukunftsorientiert zu denken und deshalb dem Antrag zuzustimmen.

Er lässt – nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt – über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 5: Mitteilungen der Ortsverwaltung

Blatt 1

Der Vorsitzende ruft TOP 5 auf und teilt mit:

Friedhof – Gräberfeld 2 (Wiesengrabfeld)

Hier wurden mittlerweile von Mitarbeitern des Friedhof- und Bestattungsamtes die Grabstätten abgesteckt und von einem Steinmetzbetrieb zwei Mustergrabsteine aufgestellt.

Die Ortsverwaltung kann somit das Grabfeld bei Anfragen belegen.

Gehwege im Baugebiet „An der Klam/Illwig“

werden seit Anfang dieses Monats angelegt. Bauende ist für Mitte Juli d. J. vorgesehen.

**DB Bahnstromleitung K 970 BL 433 Mühlacker:
Unterhaltungsmaßnahme Generalüberholung**

Die Mailänder Consult GmbH teilte auf Anfrage mit, dass die Grundstückseigentümer über die Maßnahme bereits informiert wurden.

Die Maßnahme soll im Herbst/Winter 2017 (ca. November) begonnen werden. Dauer ca. ½ bis ¾ Jahr.

Baubeginn Lärmschutzwand „An der Klam/Illwig“

Inzwischen liegt dem Tiefbauamt ein Ausschreibungsergebnis vor. Das Angebot der erstbietenden Baufirma liegt geringfügig über der Vergabeschwelle, die eine Zustimmung des Bauausschusses notwendig macht. Bei der Zustimmung des Bauausschusses handelt es sich allerdings mehr oder weniger nur um eine Formalität, sodass die Umsetzung der Lärmschutzwand nicht in Frage stehen wird. Mit dem Bau der Lärmschutzwand wird somit nun im August d. J. begonnen.

**Baumaßnahme Köhlerweg 2 – 10:
Erneuerung einer Wasserleitung VW 90 x 8,2 PEHD und Neuverlegung von
Kabeltrasse**

Die Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH führt eine Baumaßnahme im Köhlerweg (Thomashof) durch. Baubeginn: Juli 2017.

Gehwegparken in Karlsruhe

Das Ordnungs- und Bürgeramt wird Anfang 2018 in jeden Höhenstadtteil kommen, um die weiteren Details bzgl. der Legalisierung des Gehwegparkens zu besprechen.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup verfügte die Umsetzung bis Ende 2018.

Spielplatz An der Klam/Illwig

Am Montag/Dienstag dieser Woche wurde mit den Vorarbeiten (Mähen und Abstecken der Grenzen) begonnen. Am Montag, 26.06.17, beginnen die Erdarbeiten.

Die Spielgeräte können aber erst Mitte August d. J. geliefert und aufgestellt werden.

24. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 21.06.2017

Protokoll zu

TOP 6: Verschiedenes

Der Vorsitzende ruft TOP 6 auf und teilt mit, dass eine Bürgerin von Stupferich per Mail die Ortsverwaltung darum bittet, ihr Auskunft zu geben, ob in Stupferich eine Carsharingstation eingerichtet werden kann.

Er weist darauf hin, dass bereits vor Jahren die FWV-OR-Fraktion diesbezüglich einen Antrag gestellt hatte, der letztendlich von Stadtmobil abgelehnt wurde, weil das Handling zu schwierig sei. Die Bürgerin würde sich auch engagieren, Umfragen zu unterstützen, die letztendlich Bürger auf eine solche Einrichtung aufmerksam machen. Da Stupferich im Wachstum begriffen ist und die Lage eine andere als vor 4 Jahren ist, sollte ein nochmaliger Versuch gewagt werden.

OR Nagler (CDU) kann sich dem Vorschlag anschließen und schlägt ergänzend vor, daraus einen Probetrieb von ca. einem halben Jahr zu machen.

OR Brenk (CDU) schließt sich ebenfalls dem Vorschlag an, bittet aber, vor Kontaktaufnahme mit Stadtmobil den Bedarf zu ermitteln.

Der Vorsitzende schlägt vor, diesbezüglich eine Anfrage im nächsten Mitteilungsblatt zu starten, da die nächste Veröffentlichung eine Vollverteilung ist und somit alle Mitbürgerinnen und Mitbürger angesprochen werden.

Die Mitglieder des Ortschaftsrates sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Er schließt TOP 6 und somit den öffentlichen Teil der Sitzung gegen 20:05 Uhr. Er bedankt sich bei den Zuhörern und der Presse für ihr Kommen und wünscht einen guten Nachhauseweg.

Der Vorsitzende:

Protokollführerin:

Alfons Gartner, Vorsitzender

Sonja Doll (OV Stupferich)

Urkundspersonen:

OR Manfred Baumann (FWV)

OR Ludwig Kast (CDU)